



PROGRAMM

des Bundesverbands der politischen Vereinigung
"Volksvetokraft Wahlfreiheitlicher Schutzdemokraten"
(VWS), "VOLKSVETOKRAFT"



Gemäß dem programmatischen Bestreben der Vereinigung "Volksvetokraft Wahlfreiheitlicher Schutzdemokraten" (VWS) gilt insbesondere:

Wir Schutzdemokraten der VOLKSVETOKRAFT achten das unbedingte und in jeder Lebenslage geltende Menschenrecht jedes Menschen, durch ein innerliches oder ausdrücklich geäußertes **"Nein"** einen jeweils wirkenden oder erwarteten Sachverhalt sowie eine jeweilige Bewerbung frei und ohne Begründungszwang abzulehnen.

Dem dienen insbesondere auch die **Absätze 4 und 5 von § 1** unserer Bundessatzung.

Das "Nein" gehört zur Menschwerdung von klein auf (schon ab dem Sprechenlernen). Wenn wir den Kleinkindern das "Nein" verbieten, dann erziehen wir sie zu Jasagern. Die herrschende korrupte Politik ZWINGT sogar Erwachsene zum bedenkenlosen Jasagen.

Insbesondere möchten wir allen Wähler/innen ermöglichen, bei jeder Wahl zu einer staatlichen sowie kommunalen Volksvertretung zu JEDER Bewerbung von Einzelpersonen sowie Personengruppen (z.B. Partei-Listen) mit einer zu der jeweiligen Bewerbung jeweils EINZIGEN Stimme entweder "Ja" oder "Nein" zu stimmen oder sich teilweise oder insgesamt der Stimmabgabe FREIWILLIG zu enthalten. Unserem Wahl-"recht" fehlt ganz offensichtlich die von Art.38 Abs.1 S.1 GG ("Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.") u.a. angeblich gewährte Anforderung der **FREIHEIT der Wahl** durch FREIHEITSBERAUBUNG (§ 239 Abs.1 StGB ["Wer einen Menschen einsperrt oder auf andere Weise der Freiheit beraubt ..."]), so dass die etablierten Parteien Schaukelpolitik betreiben können und mit inhaltlich kaum jemals begründeter Regierungsablösung auf Volkskosten auch sehr gerne betreiben und das Volk und insbesondere dessen Zukunft dadurch verschaukeln.

Dies betrachten wir auch als die Hauptursache dafür, dass die Anzahl der Nichtwähler/innen aufgrund erzwungenen Wahlverzichts angesichts nur ermöglichtem entweder sklavischem Jasagen oder Zwangsenthalten immer weiter anwächst (siehe dazu unbedingt das Video bei <http://www.youtube.com/watch?v=K1p9m4l-os8>) und dass auch Wenigverdiener sowie Arbeitslose sich mangels Zeit und Geld für solchen freiheitsfeindlichen Unfug kaum noch wahlbeteiligen, so dass die machtgerigen und scheinheiligen Wahlaktiver der etablierten Parteien insbesondere von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP sie nicht mehr beachten, sondern einfach spalten, heimtückisch zum Schweigen zwingen (gemäß dem Mafia-omertà-Zwang) sowie entmündigen und in die Selbstverleugung nötigen.

Wir bieten den Wähler/innen wie auch inzwischen zahlreichen Nichtwähler/innen als bisher EINZIGE politische Bewerbung und Kraft die echte Möglichkeit, sich endlich wieder wirksam an allen politischen Entscheidungen zu beteiligen. Dagegen verhindert die derzeit durch feudalistisch ERNANNTHE Höflinge (wie Bundespräsident, Bundesverfassungsrichter/innen, sonstige Richter/innen, Beamenschaft) im Rahmen von Fressnapf-Politik ausgeübte Macht-Elite-Oligarchie die von der Verfassung (Art.20 Abs.2 S.1 GG: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."; Art.70 Verf.-HE: "Die Staatsgewalt liegt unveräußerlich beim Volke.") geforderte demokratisch GEWÄHLTE Staatsmacht durch Volkssouveränität.

Wir wollen mit Hilfe des Volkes den sozialen FRIEDEN und den gesamtgesellschaftlichen WOHLSTAND für alle erhalten bzw. wiedergewinnen, den die übrigen etablierten Parteien mutwillig und planmäßig durch nur scheinbar alternativlose gesellschaftliche Verhältnisse mittels ihres neuen Feudalismus von staatlicher Kooptation und bankverzinster Darlehens-Finanzierung schlicht kaputt gemacht haben (leider auch die marxistische, d.h. neofeudalistische, Linkspartei, sobald diese irgendwo Regierungsgewalt mit der SPD ausübt, und die auch sonst nur die scheinheiligen Machthaber der etablierten Parteien lauthals fressnapfpolitisch zur feudalistischen Gesamtwahl-Hilfe auffordert, anstatt sich endlich selbst freiheitlich zu betätigen).

Die von nur MITTELBAR ERMÄCHTIGTEN Regierungs-Oligarchen geäußerte "Frosch"-Überlistung lässt Rückschlüsse zu darauf, wie schleichend und heimtückisch versklavend von denen die Bevölkerungs-Überlistung betrieben wird. Am 14.05.2011 empfahl Philipp Rösler (FDP) in Rostock, einen "Frosch" zu überlisten, mit folgenden Worten:

"Wenn Sie einen Frosch in heißes Wasser werfen, dann hüpf er sofort heraus. Wenn Sie einen Frosch in kaltes Wasser setzen und dann LANGSAM die Temperatur erhöhen, wird er zuerst nichts merken und nichts machen. Und wenn er etwas merkt, dann ist es zu spät für den Frosch. Soviel zum netten Herrn Rösler."

Gesamtgesellschaftlicher Wohlstand und sozialer Friede sind bis tief hinein in die Mittelschicht schon stark beeinträchtigt und sogar noch viel übler bedroht. Untrügliche Anzeichen hierfür sind insbesondere die weltweite Bankenkrise (mit minimalster Privatbank-Mindestreserverdeckung statt Vollgeldabsicherung, ungehindertem Zulassen von Spekulationsblasen, massiven politischen Fehlentscheidungen auf Kosten und in maßloser Veruntreuung von Hunderten Milliarden unserer Steuergelder insbesondere mittels ESM zugunsten von korrupter Bankenrettung statt angeblicher Staatenrettung oder gar Eurorettung), die gesamte Atomstrom-Förderungspolitik mit unlöslichen Atommüll-Problemen, die wiederum mutwillige und strafbare Steuergeldverschwendung insbesondere beim Neubau des Berliner "Willy-Brandt"-Flughafens, des Stuttgarter "S-21"-Hauptbahnhofs sowie der Hamburger Elb-Philharmonie. Dass auch die von den jeweiligen politischen Entscheidungen auf Kosten unser aller Steuergelder unmittelbar Betroffenen von echter tätiger Einwirkung gänzlich ausgeschlossen werden sollen, verdeutlicht insbesondere die durch mafiose Lobbyisten vorbereitete und von uns in jeder Weise abgelehnte Privatisierung der (Trink-) Wasserversorgung.

Das herrschende "Wirtschafts"-System beruht perverserweise auf dem mittels noch immer geltender Zinspflicht erzeugten schadenfrohen Brutto"sozial"produkt-(BSP-) Wachstumszwang, anstatt nur den gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu messen. Dadurch vermehrt sich das BSP auch durch jeden Unfall, durch jede Krankheit wie etwa "Burnout", überhaupt durch jede ZERSTÖRUNG von Menschen, Dingen oder sonstiger Natur. Das ist freilich alles andere als ein echtes "Wirtschafts"-System, da solche Zerstörung ja niemals wirtschaftlich oder gar nützlich genannt werden oder sein kann.

Wir befinden uns in einem inzwischen weltweiten Zerstörungswerk, das riesige Mengen unserer Mitmenschen trotz oder gerade wegen ihrer kreativen und handwerklichen Fähigkeiten systematisch in Verelendung und politische Enthaltsamkeit treibt. Bei uns in Deutschland geschieht dies insbesondere mittels Hartz-IV-Gesetzgebung, mittels schulischer SELEKTION unserer Kinder und Kindeskinde (bis hin zur verfehlten "G-8"-Gymnasialzeit und überhaupt zu "Bildungs"-Bulimie) wegen der jegliche Eigenständigkeit und Persönlichkeitsreifung der immerhin Schutzbefohlenen missachtenden brutalen Eintrichterung von vorgestanzten vermeintlich erforderlichen "Lerninhalten") durch eine schon seit Jahrzehnten bösartig praktizierte miserabel-unpädagogische "Bildungs"-Bürokratie aufgrund schierer parteipolitischer Macht-Willkür, mittels Kündigungsschutzlosigkeit durch "Leiharbeit", mittels Beschäftigung von Lohnsklaven zu "weltmarkt-gerechten" Dumping-Niedrigst-Löhnen unter der Armutsgrenze (ohne Mindestlohn-Gewähr oder gar die längst fällige Freiheitssicherung durch Bedingungsloses Grundeinkommen "BGE") und noch dazu auf Kosten der die staatliche Lohn-"Aufstockung" für ausbeuterische "Unternehmer" vollen Lohn zahlenden restlichen Unternehmer, mittels Nötigung unserer Kinder zu einer "Generation Praktikum", mittels wachsender Vielzahl von zur Armut gezwungenen Arbeitslosen wie insbesondere auch arbeitslosen Akademikern.

Dieses weltweite ("globalisierende") Zerstörungswerk wird durch feudalistisch-mafiose Politik und durch seitens dieser Politik geförderten ungebremsten Kapitalexport ständig erweitert. Planmäßige Sklaverei, Kinderarbeit, Prostitution, Drogensucht und grenzüberschreitender Menschenhandel sind mit dieser marktradikalen neoliberalen Globalisierung wechselwirksam verbunden.

Wir als Volksvertretungs-Mandatsträger/innen werden unbeirrt und ausschließlich dem wahren Bestreben unserer Wähler/innen folgen und mithin keinerlei Beschluss bejahen oder zustimmen, kein Amt jenseits unserer Fraktion annehmen oder ausüben sowie auch keine Person für ein anderes Amt (mit-) wählen oder gar (mit-) ernennen, sondern jeden Beschluss einer Volksvertretung ablehnen, insbesondere wenn er die Selbstbestimmungsfreiheit der einzelnen Bürger/innen ganz oder teilweise missachtet oder gar einen eigentlich rechtlich verbotenen "Vertrag zu LASTEN Dritter" beinhaltet, so dass mit unseren Stimmen keine die Wähler/innen belastende Beschlussfassung möglich ist, soweit die nachfolgend beschriebene einzige Ausnahme nicht das Gegenteil erfordert und zulässt.

Nicht zuletzt dadurch sind wir auch weder durch mafiose oder sonstige Lobbyisten käuflich noch durch als "Verfassungsschutz" getarnte Geheimdienstler im allerdings verfassungswidrigen Auftrag der etablierten, auch ansonsten grundgesetzfeindlichen Parteien unterwanderbar.

Von daher wirkt unsere VWS als ausgleichendes politisches Gegengewicht zugunsten des Gesamtwohls (= "Gemeinwohls") der Gesellschaft und insbesondere innerhalb jeder Volksvertre-

ung als ausdauernd demokratische bremsend-entschleunigende Kraft gegen die von den scheinheiligen, ihre eigensüchtige Macht- und Habgier hartnäckig leugnenden und gewissenlos undemokratisch stellvertretend zum Schein "alternativlos" über uns hinweg entscheidenden korrupten Berufspolitiker/innen.

Nicht nur am Schicksal der mangels ausreichend Zeit und Geld politisch zur Selbstverleugnung gezwungenen sogenannten "Unterschicht" zeigt sich, dass von Ludwig Erhards ehemaligem Versprechen von 1957 "Wohlstand für Alle" (... "durch soziale Marktwirtschaft") nichts mehr übriggeblieben ist. Trotzdem berufen sich die scheinheilige ostdeutsche, politisch im Neofeudalismus des Stalinismus erzogene Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU) und ihre Helfershelfer sämtlicher etablierten Parteien gerne auf Ludwig Erhard, wie dies auch die marktradikale Lobby-Gruppe "Neue Soziale Marktwirtschaft" völlig zuunrecht tut.

Ludwig Erhard erzwang übrigens 1958 (zusammen mit dem Franzosen Charles de Gaulle), die §§ 100, 101, 103 der Römischen Verträge so zu ändern, dass statt EU-Einheits-Währung "nur" eine EU-Wechselkursunion vereinbart wurde. Schon dies erwies den schwachsinnigen Unfug einer europäischen Einheits-Währung namens "Euro" insbesondere von Helmut Kohl (CDU/CSU) und Hans-Dietrich Genscher (FDP).

Wir befürworten und verteidigen auch völlig ernsthaft die wohl von Patti Smith veranlasste und vom "No future"-Punk gegen den in Europa von Margaret Thatcher begonnenen Neoliberalismus gerichtete Erkenntnis, "Leistung muss sich wieder lohnen" (die von den neoliberalen und gewissenlos Lohndumping fördernden FDP-Politiker/innen nur scheinheilig befürwortet wird). Von daher kämpfen wir nicht nur für die Befreiung der Arbeitslosen, sondern insbesondere auch für die Rechte und Lebensbedürfnisse der Wenigverdienenden ("working poor") und bemühen uns redlich und ehrlich um Vertrauen gerade auch bei allen inzwischen schon sehr zahlreichen parteipolitikverdrossenen Nichtwähler/innen.

Die in Deutschland nicht zuletzt von Gerhard Schröders (SPD) neoliberaler, d.h. monetaristischer "Agenda 2010" aus Gründen weltweiten Lohndumpings veranlassten extrem winzigen Reallohn-Steigerungen mit Leiharbeit und Minijobs, sogar ohne Mindestlöhne sowie mit nur minimalen Altersrenten (künftig erst ab 67 Jahren) und die mit der Nazi-KZ-Parole "Arbeit macht frei" praktisch identische neoliberale Parole "Sozial ist, was Arbeit schafft" verlangen uns Deutschen letztlich Sklavenarbeit ab. In Wahrheit geht es (jedenfalls uns) nicht schlechthin um Arbeit und Leistung, sondern nur um sinnvolle Arbeit und um sinnvolle Leistung, die aber nicht zuletzt von der Privat-Banken-Willkür mittels Finanzmärkten und Währungskrieg planmäßig verhindert wird.

Ohnehin wird ständig mehr und mehr (nicht nur) sinnvolle Arbeit schlicht "wegrationalisiert" durch den "technischen Fortschritt", so dass schon deshalb längst das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) für jede/n gelten müsste. Das BGE würde die Zwangs-Prostitution beenden und sogar ermöglichen, dass Ärzte wie bei den Mandarin-Chinesen (Ivan Illich wies darauf hin) nur so lange Honorare erhalten, wie wir gesund bleiben, also nicht an Krankheiten, sondern an Gesundheit verdienen; wird eine bestimmte Anzahl der Behandelten krank, erhalten die Ärzte keine Honorare mehr, sondern BGE.

Stattdessen wird nach wie vor eine korrupte Arbeitsbereitschaft erzwungen, von der insbesondere der Wiener Wirtschaftsinformatik-Prof. Franz Hörmann sagt (siehe hier von 33:04 bis 33:18: <http://www.youtube.com/watch?v=PVSP1bXEW4s>):

"... Korruption ist für mich, wenn man für Geld arbeitet. Wer für Geld arbeitet, ist korrupt. Dann fragen sie, warum sollte man arbeiten? Dann sage ich, ganz einfach, weil die Arbeit schön ist, weil sie mir Freude macht, ja? Weil ich meine Fähigkeiten entwickle, weil ich damit für andere hilfreich bin. Da gibt's viele, viele Gründe ...".

Den erzwungenen Wahlverzicht der zwangsprivatisierenden Nichtwähler/innen betrachten wir als stillen Protest von politisch nach dem altbekannten Motto "spalte/teile und herrsche" FREIHEITSFEINDLICH entmündigten, zwangsweise zum Schweigen gebrachten Mitmenschen, die die politischen Bestrebungen der herrschenden Machthaber/innen ablehnen oder auch nur nicht rechtzeitig durchschauen (eben wie Röslers Frosch). Dagegen erinnern wir solche selbstherrlichen Machthaber/innen insbesondere an Ehrlichkeit und Deutlichkeit gegenüber der gesamten Gesellschaft, lehnen Politik für Macht-Eliten mitsamt deren mafioser Lobbykratie ab, fordern eine demokratische Politik durch Volksvetobefugnis für die gesamte wahlberechtigte Wohnbevölkerung.

Von daher schreckt uns auch nicht die von den herrschenden Partei-Führungen immer wieder drastisch verkündete angebliche "Regierungsunfähigkeit", die erstmals Holger Börner (SPD) nach der hessischen Landtagswahl 1982 den Grünen wie SPD-typisch irreführend und wähler/innen/täuschend vorwarf. Dies, obwohl die hessische SPD zugleich völlig problemlos mit der hessischen CDU eine große Koalition hätte vereinbaren können (genauso wie auch drei Monate zuvor in Hamburg), was mithin nur dazu diente, das Bewusstsein der Bevölkerung parlamentarisch zu spalten, die damaligen Grünen, die sich inzwischen "Bündnis-90-Grüne" nennen, zu korrumpieren und im nacheifernden Schlepptau des selbstbekennenden Stalinisten Joschka Fischer (der also einen massenmörderischen neofeudalistischen Mafia-Diktator bewundert) in die Herrschaft über die Bevölkerung einzubinden bis hin zur "grünlichen" KRIEGSMITWIRKUNG einschließlich sogar atomar Milliarden Jahre lang (der bei der Uran-"Anreicherung" als abgereichertes Uran anfallende Atommüll, dessen "Entsorgung" niemand zu leisten weiß, hat eine sogenannte Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren!) den Lebensraum verseuchender Uranmunition, die bekanntlich nicht nur im Irak schlimmste Neugeborenen-Missbildung (insbesondere ohne Augen) bewirkt und auf Befehl vom "sozialdemokratischen" US-Präsidenten Obama trotz dessen vorherigem Empfang des Friedensnobelpreises auch mittels seinem Drohnen-Krieg in Afghanistan lebensraumverseuchend verschossen wird.

Dass alle etablierten Parteien allenfalls mit leeren Lippenbekenntnissen nur scheinbar danach trachten, das Gewinnstreben des Einzelnen zu vereinbaren mit dem Gesamtwohl, d.h. insbesondere mit leistungsfähiger wirtschaftlicher Daseinsvorsorge, mit gesamtgesellschaftlicher Lebenssicherung in möglichst gleichem und möglichst reichem Ausmaß aller sowie mit wirksamem Schutz der Umwelt und überhaupt unserer Lebensbedürfnisse und Lebensgrundlagen, zeigt sich nicht zuletzt an dem entgegen aller auch unserer schon sehr frühzeitigen Warnungen mutwillig und wiederum feudalistisch geschaffenen Atom-Müll-Lager-Chaos mit rostenden Fässern im niedersächsischen "Entsorgungspark Asse", so dass das Grundwasser strahlenverseucht zu werden droht. Auch daran haben die EGALOS der "Bündnisgrünen" des vermeintlich volksnahen stalinistischen Demagogen Joschka Fischer eifrig mitgewirkt. Und dies, obwohl Atomanlagen allesamt sowohl im sogenannten "Normalbetrieb" als auch bezüglich des Atommülls unbeherrschbar sind, wie sich insbesondere auch an der Reaktor-Katastrophe der nicht zuletzt von der japanischen Mafia beherrschten Atomanlagen von Fukushima leider erneut erwiesen hat.

Während wir freilich gerade auch in den Europa-, Staats- und Gemeindeorganen sowie in den Wirtschaftsfirmen anders als die inzwischen längst durch und durch verlogenen "Bündnisgrünen" der zynisch-eigennütigen, stalinistisch gesinnten Joschka-Egalos JEDE Diktatur, jeden Gesinnungsterror, jeden Feudalismus sowie Totalitarismus und Militarismus (egal ob rechtsextremistisch oder linksextremistisch) ablehnen und mit freilich ohne weiteres möglichen bestens durchdachten echtdemokratischen Lösungen bekämpfen, sind wir bestrebt und bemühen wir uns, möglichst sachlich und nützlich einzuwirken zugunsten unserer von der herrschenden Macht- und Habgier insbesondere der scheidemokratischen Partei-Führungen planmäßig betrogenen und geschädigten, ausgebeuteten Mitmenschen.

Um das erforderliche Gesamtwohl der Gesellschaft zu fördern, beteiligen wir uns auch an der politischen Willensbildung sowie Entscheidungsfindung des Volkes insbesondere durch Mitwirkung innerhalb und außerhalb der von der bundesdeutschen Wahlbevölkerung gewählten Volksvertretungen nicht zuletzt im Dienste von die schädlichen oder zumindest nutzlosen Scheinlösungen der herrschenden Partei-Führungen ablehnenden Wähler/innen sowie Nichtwähler/innen, indem wir unsere je nach bearbeitender Person im Rahmen unserer Gesamtbestrebungen zuweilen durchaus verschiedenen einzelnen Sachlösungen frei zur Sprache und zur Kenntnisnahme bringen, sie zwecks Wissensweitergabe sowie Meinungsaustausch äußern, und dadurch nicht zuletzt einen sachlichen Lösungswettbewerb aller gewählten Volksvertreter/innen anstreben.

Ausnahme: Die VWS befürwortet und bejaht insbesondere basisdemokratische Politik durch VolksgesetzTILGUNG sowohl national als auch regional sowie durch kommunale VolkssatzungsTILGUNG mit möglichst überall umfassend verminderten Anforderungen. Die staatliche GesetzGEBUNG sowie die kommunale SatzungsGEBUNG soll auch unseres Erachtens weiterhin repräsentativ in Volksvertretungen stattfinden, wobei wir allerdings ein freiheitliches Wahlrecht wie in Art.38 Abs.1 S.1 GG (siehe oben) verkündet einfordern, d.h. OHNE das falsche Motto "one man/person – one vote" (siehe dazu insbesondere § 2 Abs.1 S.3 EuWG ["Jeder Wähler hat eine Stimme."]) und MIT Neinstimmbefugnis zu jeder Bewerbung.

Soweit die die jeweilige Regierung unterstützenden sowie ausübenden Politiker für den Einzelfall oder gar alle ihre Beschlüsse umfassend jederzeit ermöglichen, dass wie in den beiden vorherigen Sätzen beschrieben basisdemokratische Politik stattfindet, bejahen wir als etwaige Volksvertretungs-Mandatsträger/innen freilich jeden solchen dies ermöglichenden Beschluss und stimmen dabei zu.